

**Neue Chance für
Essengeldermäßig-
ungen?**

Seite -2-

**Mitgliederentscheid
ausgezählt**

Seite -3-

15 Jahre „Metropol-
region Mitteldeutsch-
land“

Seite -6-

Linkes Blatt

9. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

11. Mai 2010

Faschismus oder Demokratie; Barbarei oder Zivilisation

Stadtverband DIE LINKE Halle beteiligte sich an den Gedenkveranstaltungen zum 65. Jahrestag der Befreiung in Halle

(sk) 65 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, wurde in Halle der Millionen Opfer gedacht, die der Krieg und die faschistische Diktatur mit sich brachten. Der VVN-BdA lud zur Gedenkfeier an der Straße der Nationen auf dem Gertraudenfriedhof ein. Die Gedenkansprache hielt in diesem Jahr unsere halleische Bundestagsabgeordnete Dr. Petra Sitte. Die Bedeutung des 8. Mai unterstrich sie mit einem Zitat des Historikers Prof. Stefan Doernberg: „Ich habe Verständnis, wenn heute manche vielleicht irgendeinen Tag im Jahr 1989 als den wichtigsten Tag ansehen oder andere denken, dass dies der 7. November 1917 mit der Oktoberrevolution war. Trotzdem neige ich, wenn man sich alles überlegt, aus einem Grund dazu zu sagen, der 8. Mai 1945 ist die wichtigste Zäsur des 20. Jahrhunderts, vielleicht nicht nur des 20. Jahrhunderts. Mit diesem Tag wurde die Frage entschieden: Gibt es weiter eine menschliche Zivilisation auf der Erde, oder gibt es sie nicht? Hätte der deutsche Faschismus in diesem Krieg gesiegt – die Möglichkeit darf man nicht völlig ausschließen –, würde es heute keine Zivilisation mehr geben. (...) Was da-

nach hätte geschehen können, wäre nicht einmal mit einem Rückfall in eine Barbarei vergleichbar gewesen, es hätte mit der Zivilisation nichts mehr zu tun. Darum sage ich: Der 8. Mai ist der wichtigste Tag.“



Sie erinnerte an die Opfer aus allen Ländern Europas, setzte sich aber auch mit deutscher Erinnerungskultur und der aktuellen

Debatte um die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ auseinander. Sie sagte: „Und ein kritischer Blick ist erst recht angebracht, wenn in der in Berlin gebildeten Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ein ähnliches Konzept verfolgt wird: die Relativierung der Ursachen von Verfolgung und Vertreibung. Das beginnt, indem bereits die Begriffe Verfolgung und Vertreibung gleichsetzend benutzt werden für die Gräueltaten der deutschen Truppen in Osteuropa mit dem, was deutsche Flüchtlinge mit und nach dem Ende des Krie-

ges erfahren. Und es setzt sich fort, indem Ursachen und Anfänge des Krieges einfach ausgeblendet werden.“

Auch auf dem Südfriedhof wurde der Opfer von Krieg und Faschismus gedacht. Hier zitierte Rainer von Sievers aus den Memoiren des sowjetischen Kulturoffiziers Wladimir Gall, der nach dem Krieg hier in Halle wirkte.

Zahlreiche Mitglieder unserer Partei nahmen an dem Gedenken teil. Ist es doch eine wichtige Tradition unserer Partei, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu begehen.



**9. Mai 2010
Landtagswahlen in
Nordrhein-Westfalen
Wir gratulieren,
DIE LINKE ist in NRW
mit ca 6% im Landesparla-
ment vertreten**

Die Bischofswiese, in der Dölauer Heide, war während des Sozialistengesetzes im 19. Jahrhundert ein geheimer Versammlungsort der halleschen Arbeiterbewegung. Nach dem Fall dieser undemokratischen Verordnung konnte am 1. Mai 1890 die erste große öffentliche Kundgebung ausgerichtet werden, an der um 600 Teilnehmer anwesend waren. Ein Gedenkstein erinnert an dieses Ereignis der halleschen Arbeiterbewegung. Knapp über 10 Wanderer gedachten am 29. April an dem historischen Ort an diese Großversammlung vor 120 Jahren. Erich Berger, langjähriges Mitglied des Arbeitskreises Gedenktage und Gedenkstätten, auf



dem Bild nicht zu sehen, konnte die anspruchsvolle Wegstrecke nicht mitgehen. Er war zur Begrüßung der Wanderer an den Treffpunkt Waldkater gekommen, um aus dem

eigenen Erleben von früheren Aktionen der Arbeiterbewegung im Bezug auf die Dölauer Heide zu berichten.
hajo

Neue Chance für Essengeldermäßigungen?

Es bleibt alles beim Alten - keine Ermäßigung beim Mittagessen für die Kinder unserer Stadt?

Nach der letzten Stadtratssitzung muss das Fazit so lauten. Der Antrag der SPD-Fraktion, allen Grundschulkindern aus „Halle-Pass-Berechtigten-Familien“ ein kostenloses Mittagessen bereitzustellen, wurde im Stadtrat mit einer Mehrheit durch einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überstimmt.

Dieser Änderungsantrag sah vor, die Leistungen des Halle-Passes von 0,85 Euro auf 1,20 Euro für ein Mittagessen zu erhöhen. Außerdem bezog der Antrag alle Kinder in eine verbesserte Regelung zur finanziellen Sicherstellung eines Mittagessens ein, die Kindereinrichtungen und Schulen in der Stadt besuchen. Der Antrag wurde auch durch die Fraktion „DIE LINKE.“ unterstützt. Wir sehen in diesem Antrag soziale Gerechtigkeit besser berücksichtigt und die Chance, Mangelernährung und falsches Ernährungsverhalten von Kindern frühzeitig zu bekämpfen. Kindertagesstätten und Schulen, als Ort der sozialen Integration junger Menschen, können diese Defizite kompensieren und Verhaltensänderungen bewirken. Kostenlos und gesundes Mittagessen für alle Kinder muss mittelfristig ein Mittel werden, wachsender Kinderarmut in unserer Stadt entgegenzuwirken. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen!

Unverständlich bleibt für uns deshalb das Verhalten der SPD-Fraktion im Rat, die gegen ihren eigenen (veränderten) Antrag bzw. ein ähnliches Anliegen stimmten. Den Vorwurf der SPD an die LINKE, sie „habe stereotyp wiederholt, ihr Modell erreiche mehr Kinder und sei daher besser“ und der Vorwurf der „Ignoranz oder parteitaktischen Kalküls“ ist eigentlich nur der Versuch, sich nachträglich von seinem sozialpolitischen Fehlverhalten reinzuwaschen. Solche Vorwürfe schaden nur dem eigentlichen Anliegen und gehen an der Sache vorbei. Eine Mehrheit für die finanzielle Sicherstellung eines Mittagessens für alle bedürftigen Kinder in Kita und Schulen war theoretisch im Rat möglich. Kita - Kinder gegen Grundschüler oder Sekundarschüler und umgekehrt argumentativ auszuspielen, schadet nur den Kindern. Ergebnis: Das soziale Anliegen beider Anträge wurde „erstklassig beerdigt“. Keine weitere Ermäßigung, weder für die einen noch die anderen - alles bleibt beim Alten?! Wir sehen noch eine Chance! Der Antrag der LINKEN vom Mai 2009, allen Kindern im Alter zwischen 1 - 7 Jahren ein kostenloses Mittagessen zu gewähren, ist im Stadtrat bis heute nicht behandelt worden.

Wir wollen, dass unser Antrag jetzt die Gremien des Stadtrates durchläuft. Mit der nochmaligen Debatte in den Fachausschüssen und im Rat sehen wir die Möglichkeit, an der bisherigen Diskussion zur finanziellen Sicherstellung eines gesunden Mittagessens für Kinder anzuknüpfen und doch noch zu einer Mehrheit für ein gemeinsames sozialpolitisches Anliegen zu Gunsten unserer Kinder zu kommen! Nutzen wir die Chance!

Dr. Bodo M e e r h e i m
Vorsitzender der Fraktion

Ute H a u p t
Sprecherin für Jugend/Soziales/Gleichstellung

Mitgliederentscheid ausgezählt

Mit der öffentlichen Auszählung der Stimmzettel wurde der erste Mitgliederentscheid der LINKEN am 25. April 2010 beendet. Am Mitgliederentscheid beteiligten sich 37.693 Mitglieder der LINKEN. Das entspricht einer Beteiligung von 48,3 Prozent der Mitglieder.

Zur ersten Frage, die die Struktur der auf dem zweiten Bundesparteitag zu wählenden neuen Parteiführung betrifft, stimmten 84,5 Prozent der Abstimmenden mit „Ja“, 11,3 Prozent der Abstimmenden mit „Nein“, und 4,2 Prozent der Abstimmenden enthielten sich. Damit spricht sich eine deutliche Mehrheit der Abstimmenden für den von den Initiatoren des Mitgliederentscheids zur Abstimmung gestellten Vorschlag für die Struktur der neuen Parteiführung aus.

Zur zweiten Frage des Mitgliederentscheids, in der entschieden werden sollte, ob das neue Parteiprogramm der LINKEN bis Ende 2011 in einem weiteren Mitgliederentscheid zur Abstimmung gestellt wird, stimmten 94,1 Prozent der Abstimmenden mit „Ja“, 3,4 Prozent der Abstimmenden mit „Nein“, und 2,5 der Abstimmenden enthielten sich. Damit spricht sich eine deutliche Mehrheit für den Vorschlag aus, das neue Parteiprogramm in einem Mitgliederentscheid zur Abstimmung zu stellen.

Zu den Ergebnissen des Mitgliederentscheids erklärte der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Dietmar Bartsch: „Das ist ein klares Votum der Parteibasis. Ich gehe davon aus, dass der Parteitag die für die Umsetzung notwendigen Satzungsänderungen mit großer Mehrheit beschließen wird. Das ist der Endpunkt der Strukturdebatte in der Linken. Wir werden jetzt noch mehr als bisher unsere Kräfte auf die politische Auseinandersetzung und den Endsprint im Wahlkampf in NRW konzentrieren.“

LINKE für Stärkung der Hochschuldemokratie auch im Medizinbereich



Hendrik Lange

„Mit großem Interesse haben wir die Information aufgenommen, dass sich der erweiterte Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät der Otto von Guericke Universität Magdeburg mit einem sehr überzeugenden Votum an die Fraktionen des Landtages wendet. Er spricht sich dafür aus, das Hochschulmedizin-gesetz des Landes dahingehend zu ändern, den demokratisch gewählten Fakultätsrat mit umfassenden Rechten auszustatten und die Ent-

scheidungskompetenzen des Fakultätsvorstandes einzugrenzen.

Meine Fraktion hat dazu in die parlamentarische Diskussion des Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze einen Antrag eingebracht, der bisher von den Koalitionsfraktionen im Fachausschuss abgelehnt wird.

Wir werden diesen Antrag erneut in der Gesetzesberatung stellen und unterstützen im Sinne einer Entwicklung der Hochschuldemokratie das Anliegen nachdrücklich. Auch wir sehen noch eine Reihe weiterer Probleme, die die Umsetzung des Hochschulmedizin-gesetzes derzeit belasten, halten es aber dennoch für möglich und notwendig, eine Änderung zunächst

nur in diesem wichtigen Punkt vorzunehmen.

Wir fordern die Koalition auf, die Sorgen der Fakultät ernst zu nehmen und ihre Verzögerungstaktik aufzugeben.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
06.05.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 20.05.2010

Haushalt beschlossen - Kostengünstiges Mittagessen abgelehnt

Aus der letzten Stadtratssitzung - 28.04.2010

Trotz des riesigen Lochs im Haushalt der Stadt Halle (Saale) von 30 Millionen Euro wurde der Haushalt mit Mehrheiten beschlossen. Unsere Fraktion enthielt sich der Stimme.

Bodo Meerheim brachte kritisch zum Ausdruck, dass zu Beginn der Haushaltsdebatten die entsprechenden Unterlagen noch unvollständig waren und meinte u. a. auch damit die ungewissen Zuweisungen vom Land Sachsen-Anhalt. Er führte weiterhin aus, dass für die Misere in unserer Stadt auch die rückläufigen Bundeszuweisungen beitragen und auch festzustellen sei, dass es so gut wie keine wirtschaftliche Entwicklung in Halle (Saale) gibt und deshalb die Steuereinnahmen - im Gegensatz zur Stadt Magdeburg - rückläufig sind. Dazu im Gegensatz stehen die Mehrausgaben, die sich vor allem auf dem sozialen Gebiet ergeben und aus der zunehmenden Armut in unserer Stadt erwachsen. Aus diesem Grund hatte unsere Fraktion auch den Antrag gestellt, die Ausgaben der Stadt Halle (Saale) für die Kosten der Unterkunft (KdU) [Pflichtaufgabe der Stadt Halle aus dem SGB II] mindestens so hoch anzusetzen, wie das „Ist“ aus dem Jahr 2009. Für diesen Antrag spricht, dass die Anzahl der arbeitssuchenden Menschen in der Stadt Halle sowie die Bedarfsgemeinschaften (nach den Zahlen der ARGE) im ersten Vierteljahr nicht zurückgegangen ist. Auch die Prognose des Sozialamtes „erzählte“ ähnliches. Die Verwaltung geht davon aus, dass die angesetzte Summe im Haushalt ausreichend ist und begründet diese Aussage mit Veränderungen der Kostenentwicklung der KdU betreffs des durchschnittlichen Mietpreises (Absenkung auf 4,10 Euro) als auch die Erwartungen in Umsetzung ar-

beitsmarktpolitischer Maßnahmen. Was aber tun, wenn das eingestellte Geld nicht ausreicht?

Die Ausgaben für die KdU sind „Pflichtaufgaben“. Wenn also Mehrausgaben anstehen, müssen wieder „freiwillige“ Leistungen daran glauben?! Wir unterstreichen damit auch noch einmal, dass es uns bei der Aufstellung des Haushaltes auch um die Durchsetzung des Prinzips der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit geht, die aber eine Mehrheit im Rat nicht wollte!

„Unsere Stimmenthaltung - so führte Bodo Meerheim aus, gründet sich auf der mangelnden Haushaltswahrheit und -klarheit einerseits und dem erstmalig unterbliebenen Versuch der Stadtverwaltung, mittels „Radikalkur“ in den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur und Sport das Haushaltsdefizit beseitigen zu wollen, andererseits die Abwägung der Schwere beider Seiten ergab für uns die Stimmenthaltung.“

Für die Kinder der Stadt Halle (Saale) gibt es keine Vergünstigungen für ein Mittagessen!

Die SPD-Fraktion hatte den Antrag eingebracht, für alle Kinder der Grundschulen, die von Hartz IV-Leistungen leben müssen, ein kostenloses Essen auszugeben.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte mit ihrem Änderungsantrag erreichen, dass allen Kindern mit Halle-Pass, die Kindertagesstätten und Schulen besuchen, ein Zuschuss von 1,20 Euro pro Mittagessen zur Verfügung gestellt wird (jetzt: 0,85 Euro).

Wir unterstützten diesen Antrag, weil wir ihn als sozial gerechter eingestuft haben.

Dieser Änderungsantrag fand eine Mehrheit. Der durch diesen Änderungsantrag veränderte „Grundantrag“ der SPD musste nun abge-

stimmt werden! Was dann geschah, ist unglaublich. Nach kurzer Abstimmung mit der Oberbürgermeisterin stimmte die SPD gegen ihren eigenen (veränderten!) Antrag! Dieser Antrag fand dann wiederum keine Mehrheit und beide Anträge waren dann „verschwunden“. Fazit: Es gibt kein kostenloses Mittagessen für Grundschüler, aber auch keinen erhöhten Zuschuss für Halle-Pass-Bezieher!

Einige Diskussionen gab es zum TOP „Aufnahme weiterführende Schulen - Losverfahren für Gymnasien“. Das Anwahlverfahren für die Gymnasien der Stadt Halle ist sehr unterschiedlich - darum musste eine Lösung her, die sichert, dass an allen Gymnasien die Aufnahmekapazitäten ziemlich genau ausgelastet wurde. Besonders schwerwiegend dabei ist, dass eine neue Verordnung des Kultusministeriums besagt, dass die Bevorzugung von Geschwisterkindern nicht zulässig wäre. Das löste Diskussionen aus. Die Vorlage wurde zu weiteren Diskussion in den Bildungsausschuss verwiesen.

Ebenfalls viele Diskussionen gab es zur Vorlage „Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft...“. Letztlich führten sie dazu, dass die Vorlage noch einmal in den Kultur- und Finanzausschuss verwiesen wurde. Hauptgründe unserer Fraktion für diese Entscheidung waren die nicht ausreichenden Finanzierungspläne.

Da die Stadtratssitzung bis 21:30 Uhr bereits tagte, wurden alle Wiedervorlagen, Anträge, Anfragen usw. nicht mehr behandelt, sie wurden auf die nächste Stadtratssitzung am 26. Mai vertagt.

Ute Haupt, Stadträtin

29. Mai 2010

Konferenz Metropolregion Mitteldeutschland

-Vorankündigung-

Paris oder London sind Metropolen. Keine Frage. Dresden? Leipzig? Bedingt und nur ansatzweise. Wozu soll es dann gut sein, wenn halb Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen von der Konferenz der Raumordnungsminister (MKRO) zu einer Metropolregion erklärt werden? Sie sollen Wachstumsmotoren sein und in der Europäischen Union ein Wörtchen mitreden können, wenn es um Standorte und die Verteilung von Fördermitteln geht.

Die „Metropolregion Mitteldeutschland“ (anfangs „Sachsendreieck“) hat sich inzwischen als Netzwerk der großen Städte organisiert, wird bisher ausschließlich „Top down“ und ohne die ländlichen Zwischenräume gedacht. Den Bürgerinnen und Bürgern ist sie weitgehend unbekannt geblieben.

Um Konsens bemüht, hat sie sich auf das Regionsmarketing in Sachen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur konzentriert. Die wirklich drängenden Probleme, die aus der Wirkung der Landesgrenzen resultieren, blieben bislang völlig unberührt. Während die Wirtschaft schon längst regional denkt, betreiben die drei Länder einen Wettbewerbsföderalismus, der kommunale Egoismen fördert, statt diese lenkt.

Doch wie sieht es bei der LINKEN aus? Über konzeptionelle Ansätze im „ALEKSA“ und in „Sachsen-Anhalt 2020“ kommt auch sie nicht hinaus. Die von der „Altenburger Konferenz“ (2003) ausgehende Initiative zur länderübergreifenden parteiinternen Abstimmung ist ebenso im Sande verlaufen. Es besteht somit dringender Handlungsbedarf. Die Rosa-Luxemburg-Stiftungen der drei Länder laden deshalb ein zu einem Workshop mit dem Titel

**"Metropolregion Mitteldeutschland
Sozial - kommunal - bürgernah"**

**Samstag, den 29. Mai 2010, 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
in die Händel-Halle in Halle/ Saale**

Prof. Dr. habil. Andreas Berkner

Universität Leipzig, Institut für Geographie

wird zum Stand der länderübergreifender Raumordnung und Regionalplanung referieren. Impulse für die anschließende Diskussion zu den Fragen „Wie geht DIE LINKE mit Metropolregionen um?“ und „Was tun bis zu einer Länderfusion?“ werden sich aus allgemeiner bzw. aus landes- und kommunalpolitischer Sicht stellen:

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin

Dr. Uwe-Volkmar Köck, MdL

Raumordnungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt und Stadtrat in Halle

Dr. Uwe-Volkmar Köck, MdL

Dreiteilige Serie: Teil I

15 Jahre „Metropolregion Mitteldeutschland“ - Anlass für eine kritische Bilanz -

Deutschland verfügt über ein historisch gewachsenes funktionales polyzentrisches Siedlungsnetz, in dem Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern die Hauptknotenpunkte bilden (Stichwort „Zentrale Orte“). Darüber hinaus haben sich mehrere große städtische Agglomerationsräume entwickelt. Jedoch erreicht keine der großen Städte wirklich den Rang einer „Weltmetropole“, wie Paris, London oder New York. Waren die Metropolregionen, meist die Hauptstädte eines Landes, im jeweiligen nationalen Rahmen früher ohne Konkurrenz, so stehen sie als Folge der Globalisierung heute untereinander in einem weltumspannenden Wettbewerb. Immer deutlicher zeichnet sich ein Trend zur „Metropolisierung“ ab, d.h. Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft orientieren sich auf Metropolregionen.

In Deutschland hat die Konferenz der in den Bundesländern für Raumordnung zuständigen Minister (MKRO) erstmalig 1993 die Bedeutung von „Agglomerationen mit internationaler und großräumiger Ausstrahlung“ hervorgehoben und die Kategorie „Metropolregion“ in die Raumordnung eingeführt. Darunter sollen „räumliche und funktionale Standorte ...“ verstanden werden, „...“, deren herausgehobene Funktionen im internationalen Maßstab über die nationalen Grenzen hinweg ausstrahlen. Als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sollen sie die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten und dazu

beitragen, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen.“

Die Ausweisung der ersten sechs „Europäischen Metropolregionen in Deutschland“ (Berlin-Brandenburg, Hamburg, München, Stuttgart, Rhein-Main mit Frankfurt/M. und Rhein-Ruhr) durch die MKRO erfolgte 1995. Zwei Jahre später wurde die Metropolregion Halle/Leipzig - Sachsendreieck (inzwischen umbenannt in „Metropolregion Mitteldeutschland“) nachnominiert. 2005 wurde schließlich auch noch Bremen-Oldenburg, Hannover (mit Braunschweig und Göttingen), Nürnberg und Rhein-Neckar der Status „Metropolregion“ zuerkannt. Unter den übrigen Regionen regt sich zunehmender Unwillen und Widerstand. So haben sich die in der Arbeitsgemeinschaft Periphere Regionen des Deutschen Landkreistages zusammengeschlossenen Landkreise und Städte gegen eine einseitige europäische und deutsche Raumordnungspolitik zu Gunsten der Metropolregion ausgesprochen.

Bisher stand DIE LINKE dem Konzept einer mitteldeutschen Metropolregion zumindest nicht schroff ablehnend gegenüber. Sie hat allerdings in der Vergangenheit stärker auf einen administrativ ein-

heitlichen Mitteldeutschen Raum fokussiert und die Auseinandersetzung mit der von den drei CDU-Ministerpräsidenten ins Leben gerufenen „Mitteldeutschlandinitiative“ gesucht. Doch über die im Alternativen Landesentwicklungsplan „ALEKSA“ und dem Konzept „Sachsen-Anhalt 2020“ kommt auch DIE LINKE nicht hinaus.

Es bedarf also dringend einer Positionsbestimmung und eines zweiten Anlaufs für eine gemeinsame linke Metropolregionen-Politik im mitteldeutschen Raum.

Unter dem Schirm der Rosa-Luxemburg-Stiftungen Sachsens, Thüringens und Sachsen-Anhalts wird deshalb am 29. Mai in der Händelhalle in Halle (Saale) eine Konferenz „Metropolregion Mitteldeutschland“ stattfinden.

Im Mittelpunkt sollen folgende drei Problemkreise stehen:

1. Die Metropol-Region. Pro und Contra.
2. Was tun bis zu einer Länderfusion?
3. Regionale Governance - sozial, kommunal, bürgernah!

InteressentInnen können sich per e-Mail anmelden bei:

prange@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Die Basisorganisation 135/137

trauert um ihren Genossen

Erich Märker

Mit ihm verliert die Partei einen aktiven und streitbaren Genossen.

Er wird ständig in unserer Erinnerung bleiben.

Buchtipps:

Weiter mit Harry Thürk

Eine Neuveröffentlichung hat der Mitteldeutsche Verlag überraschend zur Leipziger Buchmesse auch von Harry Thürk angekündigt. So ist das Buch „Midway - die Wende des Pazifikkrieges“ in 1. Auflage erschienen und sehr spannend zu lesen.

Harry Thürk „Midway“, mdv, gebunden, ISBN: 978-3-89812-637-3, Preis: 14,90 Euro.

Chic im Osten

Erinnern Sie sich an Petticoat und „Natoplane“, an Malimo und Wisent-Jeans oder eher an Selbstgenähtes und Handgestricktes? Gehörte zu ihrem Haushalt auch die obligatorische Nähmaschine und wurden Bettlaken im Windelkochtopf gefärbt, um ein neues Sommerkleid zu nähen? Waren Ihre Beziehungen zum Schreibwarenladen oder zur Postkiosk-Verkäuferin gut genug, um Pramo, Sibylle, Saison und Modische Maschinen immer zu bekommen? Oder gehörten Sie zu jenen „Glücklichen“, die die Mode der vergangenen Saison der Westverwandtschaft auftragen durften? Haben Sie jemals versucht, ein modisches Kleidungsstück im HO-Warenhaus oder im Konsum zu kaufen oder sind Sie gleich ins exquisit gegangen...? All diesen (und vielen anderen) Fragen geht die Autorin so ernst wie augenzwinkernd nach. Sie lässt Zeitzeug(inn)en zu Wort kommen, blättert in alten Modeweitzschriften, erfährt Interessantes und Amüsantes über Modenschauen und Redaktionsstress, blickt in die Geschichte des Modehauses Bormann (für das auch der weltbe-

kannte Modefotograf Horst P. Horst arbeitete), plaudert über Lucie-Kaiser-Moden, wirft einen Blick in die „alternative Modeszene“, schaut in private „Nähkästchen“- und so ganz nebenbei wird klar, wie das war mit dem „modischen Chic“ in der DDR zwischen Eigeninitiative und Konfektion!

Ute Scheffler „Chic im Osten - Mode in der DDR“, buchverlag für die frau, 144 Seiten, 19 x 26 cm, durchgehend farbig, gebunden,

Erscheint: Ende April 2010, ISBN: 978-3-89798-298-7, Preis: 15,90 Euro.

DIE LINKE - Erbe und Tradition

Die Partei DIE LINKE speist sich aus Quellen, die in der Zeit zwischen der Mitte des 19. und der Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem der deutschen Arbeiterbewegung entsprangen. Oftmals in Abgrenzung voneinander, nicht selten auch als Zerfallsprodukte nach großen Krisen entstanden, schwankte unter den verschiedenen Strömungen das Klima zwischen offener Feindschaft, die sich bis in kollektiven Hass steigern konnte, und - günstigstenfalls - unausgesprochenen Unterstellungen.

Über Jahrzehnte redeten Gewerkschaftler und Sozialdemokraten einerseits sowie Kommunisten, Trotzisten, Linkssozialisten und Linkssozialdemokraten andererseits - untereinander meist ebenfalls heftig in Fehde - häufig mehr übereinander als miteinander, und das nur selten gut.

Für die Partei DIE LINKE ist es

Zeit, sich dieser Vergangenheit zu stellen - nicht zuletzt, um die Freiheit zu gewinnen, die jede Zukunft benötigt, die mehr sein soll als die ewig gleiche Wiederholung einer alles andere als glorreichen Vergangenheit.

„DIE LINKE - Erbe und Tradition, Teil 1:

Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln“, von Klaus Kinner (Hrsg.), mit einem Vorwort von Lothar Bisky, Reihe: Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Band XI, ISBN 978-3-320-02212-9, dietz-verlag, 310 Seiten, gebunden, Preis: 24,90 EURO,

Authentische Kriminalfälle

Verbrechen waren auch in der DDR keine Seltenheit. Der Journalist Bernd Kaufholz, seit 1993 Chefredakteur bei der „Volksstimme“ in Magdeburg, hat in seinem neuen Buch „Mord für 40 Ostmark“ erneut Kriminalfälle aus der DDR aufwendig recherchiert und stellt viele erstmals seinem breiten Leserkreis vor. Spannend beschreibt er die Arbeit der Kriminalpolizei und beleuchtet das soziale Umfeld der Täter und Opfer. Im Mitteldeutschen Verlag sind bisher 9 Bände mit Kriminal- und Gerichts-fällen erschienen, zuletzt „Der Muttermörder mit dem Schal“ (2008) und „Der Würger im Strohsack“ (2009).

Bernd Kaufholz „Mord für 40 Ostmark“ Authentische Kriminalfälle“, mdv, 128 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-89812-703-5, Preis: 14,90 Euro.